

Tarmed-Entscheid des Bundesrats, 19.12. 2003

Bern, 19. 12. 2003

Die Spitäler der Schweiz. Les Höpitaux de Suisse. Gli Ospedali Svizzeri.

MEDIENMITTEILUNG

TARMED Taxpunktwert Unfallversicherung: H+ enttäuscht

Der Bundesrat hat heute Freitag den Taxpunktwert im Bereich der Unfall-, Militärund Invalidenversicherung auf CHF 1.00 festgelegt. Der nationale Spitalverband H+ ist nicht überrascht über diesen Entscheid, aber enttäuscht.

Der Bundesrat hat heute Freitag den Taxpunktwert im Bereich der Unfall-, Militär- und Invalidenversicherung auf CHF 1.00 festgelegt.

Anlässlich einer Generalversammlung vom 20. November 03 haben die Mitglieder von H+ das Angebot der Unfall-, Militär- und Invalidenversicherung über einen Taxpunktwert TARMED von CHF 1.- abgelehnt. Dies, weil mit diesem Wert insbesondere die gestiegenen Personalkosten in den Spitälern seit 1995 nicht berücksichtigt werden.

Der Entscheid der Mitglieder von H+ führte dazu, dass der Bundesrat über den Taxpunktwert entscheiden musste. Dies ist nun heute geschehen.

Heutige Kosten nicht mehr gedeckt

H+ hat die Bundesbehörden und den Preisüberwacher im Rahmen des Festsetzungsverfahrens umfassend mit den aktuellen Kostendaten der Spitäler dokumentiert und dargestellt, dass mit einem Taxpunktwert von CHF 1.- die heutigen betriebswirtschaftlichen Kosten nicht mehr gedeckt werden können. Dafür ist heute ein durchschnittlicher Taxpunktwert von CHF 1.15 notwendig.

Der Verband ist vom Entscheid des Bundesrats nicht überrascht, aber enttäuscht. Aus den Stellungnahmen des Preisüberwachers in den vergangenen Wochen zu den Taxpunktwerten im Krankenversicherungsbereich konnte man schliessen, dass die neuen Personalkostendaten nicht zur Kenntnis genommen würden und weiterhin mit den veralteten Kostendaten aus der Mitte der 90-er-Jahre argumentiert würde.

Mit dem nun vorliegenden Entscheid werden insbesondere nicht-subventionierte Spitäler und Kliniken gezwungen, in Zukunft auf gewisse medizinische Leistungen zu verzichten, wie dies z.B. in den Kantonen Genf und Zürich angekündigt wurde. Dies wird Konsequenzen auf die Versorgung der Bevölkerung haben, denn die privaten Spitalinstitutionen erbringen heute einen Viertel aller ambulanten Spitalleistungen. Bei den subventionierten Spitälern ist dadurch mit einem Mengenwachstum und erhöhten Defiziten zu rechnen, die durch die Steuerzahler finanziert werden müssen.

